

# Viele Zahlen, viele Vermutungen

## Bürgerinitiative gegen Oststadt und Ostumgehung lud zu Vorort-Termin ein

**os. Buchholz.** Dass sie gegen die geplante Wohnbebauung im Osten von Buchholz und die Ostumfahrung, die parallel entstehen soll, sind, verdeutlichten die Mitglieder einer Bürgerinitiative (BI) am vergangenen Sonntag erneut bei einem Vorort-Termin am Langen Sal. Rund 70 Bürger kamen, um sich über die Planung zu informieren. Wie berichtet, hatte die Bürgerinitiative jüngst bereits zum einem Treffen am Krützbarg geladen.

Man habe den Eindruck, dass es bei den Planungen weniger um die Schaffung von Wohnraum für arme Leute gehe, sondern um die Rendite für Investoren, erklärte Dr. Jürgen Dee, einer der Initiatoren der BI. Zudem werde mit der Ostumfahrung ein „Zombie“ wiederbelebt, der vor Gericht gescheitert sei, betonte Dee.

Sein Mitstreiter Dr. Rolf Reineke-Koch kritisierte, dass die



Einer der Initiatoren der Initiative:  
Dr. Rolf Reineke-Koch Fotos: os

Planung für die Oststadt nicht im Flächennutzungsplan verzeichnet sei. Gleichzeitig zitierte er aus einer Prognose der N-Bank zur Bevölkerungs- und Einkommensentwicklung im Land Niedersachsen. Demnach werde die

Bevölkerung bis zum Jahr 2035 landesweit um 1,9 Prozent steigen, im Landkreis Harburg werde ein Wachstum von drei Prozent vorausgesetzt, so Reineke-Koch.

Bei der Diskussion mit den Bürgern wurden einige Zahlen in den Raum geworfen, deren Quelle unklar blieben. So war von potenziell 7.000 neuen Einwohnern die Rede, zudem von Kosten allein für die Ostumgehung in Höhe von 60 Millionen Euro - und schließlich war auf dem Einladungsflyer erneut ein zwölfstöckiges Mehrfamilienhaus abgebildet. Keine dieser Zahlen spielte bislang eine Rolle in den Planungen, von den kritischen Bürgern wurden sie dankbar aufgenommen.

Die BI kündigte an, bei den anstehenden Beratungen in den politischen Gremien Flagge zu zeigen. Auch bei der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am heutigen Mittwoch, 28. Februar, ab 18.30 Uhr in der Rathauskantine (Rathausplatz 1) wollen die Oststadt-Gegner dabei sein. Dort geht es um den Grundsatzbeschluss, die Planungen für die Oststadt und die Ostumgehung voranzutreiben. Gleichzeitig kündigte die BI an, an einem alternativen Verkehrskonzept zu arbeiten. „Wir dürfen nicht nur gegen etwas sein, sondern müssen auch Vorschläge unterbreiten, wie es besser laufen kann“, erklärte Ingo Wolde vom BUND.



Plakate gegen die Oststadt und die Ostumfahrung